

Aussichten

Papua-Neuguinea ist weit weg

Ich finde es eigenartig, wie das Sündenregister der Credit Suisse ein so dominantes Thema ist, wenn es um die Bankenszene geht. Nicht weil ich meine, es sei nicht erwähnenswert. Aber ganz nach dem bekannten Gedanken, wonach Schweigen eine Form von Kommunikation darstellt, fällt mir auf, dass die UBS und ein Bericht der Untersuchungskommission zu einem Kreditgeschäft der UBS mit Papua-Neuguinea (PNG) in der Schweiz ausser SRF («Echo der Zeit») niemanden zu interessieren scheinen. Ist Papua-Neuguinea zu weit weg? Immerhin geht es um eine schweizerische Grossbank.

Es war die UBS Australia, die das fragliche Geschäft unter Umständen abgewickelt hat, die mindestens dem Ansatz

nach an den Fall Mosambik der Credit Suisse erinnern. Jedenfalls sind die (von der UBS bestrittenen) Vorwürfe der unabhängigen Untersuchungskommission zu diesem im Jahr 2014 abgeschlossenen Deal happig.

Selbst wenn die Geschäfte nicht in der Schweiz aufgelegt und getätigt wurden, muss sich die Finma mit dem einschlägigen, umfassenden Bericht vom Februar 2022 auseinandersetzen, der im Parlament von Papua-Neuguinea eine Debatte ausgelöst hat. Die Medien in der Schweiz müssten das meines Erachtens aufnehmen.

Die Untersuchungskommission fordert die australische Finanzaufsichtsbehörde auf, gegen die UBS eine Untersuchung einzuleiten. Der Ministerpräsident verlangte zudem, die australische Einheit der UBS sowie die involvierten Banker und weitere Firmen, die bei diesem Geschäft als Finanz- und Rechtsberater agierten, mit einem zehnjährigen Geschäftsverbot in Papua-Neuguinea zu belegen.

Wie geht das nun weiter? Gefordert ist die australische Finanzaufsicht; sie ist die lokal zuständige Behörde, die den Bericht auswerten und weitere Schritte abwägen muss. Die Schweizer Aufsichtsbehörde ihrerseits hat unabhängig vom australischen Vorgehen insbesondere zu prüfen, wie es sich damit

verhält, dass der UBS konkrete Vorwürfe gemacht werden, die durchaus die Frage der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit aufwerfen. Es geht nicht nur um die Legalität, sondern ebenso um die Legitimität des Geschäfts. Es sollen gemäss Untersuchungsbericht dem sehr, sehr armen Land von der UBS 132 Millionen Dollar ungerechtfertigt in Rechnung gestellt worden sein und es wird weiter der Vorwurf erhoben, Vertreter der Bank hätten staatliche Entscheidungsträger bedroht, um das Kreditgeschäft zum Abschluss zu bringen. Zudem hätten die Banker staatliche Entscheidungsträger in die Irre geführt und das Geschäft sei nicht transparent gewesen.

Ich gehe davon aus, dass die Finma mit der UBS sowie mit

der Finanzaufsicht in Australien Kontakt aufgenommen hat, denn sie hat die konsolidierte Aufsicht über den Konzern. Dass die Finma nicht öffentlich mitteilt, ob und wie sie agiert, entspricht den geltenden Regeln. Darum geht es mir nicht; ebenso wenig darum, eine Bewertung vorzunehmen. Mich stört das Schweigen über den Fall von Seiten der Wirtschaftspresse. Es gibt von ihr keine eigenen Recherchen.

Nach der Lektüre des Berichts stellen sich viele Fragen, die für den Finanzplatz Schweiz und nicht nur für die Insider am Paradeplatz oder bei der Aufsicht in Bern von Belang sind. Was hat das Mutterhaus in der Schweiz gewusst? Gab es Einflussnahmen auf die UBS Australia? Die Korrup-

tionsrisiken, das Länderrisiko insgesamt in diesem Inselstaat, wie ging die UBS damit um? Gab es ein Versagen in der Schweiz? Wie ist es möglich, dass bei diesem Deal wie im Fall Mosambik – die Verfassung des verarmten Staats verletzt wurde. Wo arbeiten die Verantwortlichen des Investment Banking Australia, die das Geschäft durchgedrückt haben, heute? Will das niemand wissen? Auch keine NGO?



Monika Roth
Professorin und
selbstständige Rechtsanwältin